

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich. In Belgien durch alle Postämter des In- und Auslandes; in Frankreich durch G. H. Alexandre in Strassburg, und bei demselben in Paris, Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

In England durch Williams & Morgate in London, 14, Beckett-Street, Covent-Garden. Preis für das Vierteljahr 2 Thlr.

Anfertigungsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Rgr.

## Uebersicht.

**Deutschland.** Frankfurt a. M. Nationalversammlung, Interpellationen. Antrag Welcker's auf Uebertragung der Kaiserwürde an den König von Preußen. Das Reichsgericht. Das Verhältniß Oesterreichs zur deutschen Verfassungsangelegenheit. Hr. v. Schmerling. — Die österreichischen Abgeordneten. Hr. Löhrer. — Die Erklärung des hannoverschen Bevollmächtigten. \*\*Dresden. I. Kammer, die Wahl der Gemeindeobrigkeiten. ††Dresden. II. Kammer, Interpellationen. Die Pensionirten. †Dresden. Die politischen Clubs. München. Die Ministerveränderung. Gerüchte. Nord. Der König. Der verschärfte Zimmerarrest. Hannover. II. Kammer, die Minister. Darmstadt. Erceffe in der Herrschaft Itter. Köthen. Die Stände lösen sich auf. — Verfassungsfest in Oldenburg. Lübeck. Die Juden. Hamburg. General Orholm. Feldmanoeuvre. — Pistolenduell. — Rescript der schleswig-holsteinischen Regierung.

**Preußen.** ††Berlin. Die Beziehungen zu Rußland. Die II. Kammer. **Handel und Industrie.**

† Leipzig, 14. März. Die heutigen directen Nachrichten aus Frankfurt a. M. haben die gestern durch die Hansmann-Weil'sche berliner Constitutionelle Zeitung aus „allerzuverlässigster Quelle“ gebrachte Kunde von der Ausrufung des Königs von Preußen zum Kaiser von Deutschland als vorzeitig ausgewiesen. Einstweilen hat der Abg. Welcker nur einen dringenden Antrag eingebracht, der morgen auf der Tagesordnung der Nationalversammlung steht und auf die Annahme der zur zweiten Lesung redigirten Gesamtverfassung im Ganzen sowie auf Uebertragung der Erbkaiferwürde an den König von Preußen allerdings gerichtet ist. Bekanntlich wurde die Erblichkeit früher von der Nationalversammlung mit 252 gegen 211 Stimmen und die lebenslängliche Uebertragung der Würde des Reichsoberhauptes mit 413 gegen 39 Stimmen verworfen. Der Antrag ist so überraschend gekommen, daß noch wenig Meinungsäußerungen darüber vorliegen. Er ist jedoch der Art, daß er leicht zur Frage für die Nationalversammlung selbst werden kann. Das europäische Staatensystem hat seine eigenthümlichen Consequenzen, und wir haben soeben erlebt und erleben es noch, daß auch die französische Republik die Anerkennung derselben nicht zu verläugnen vermag. So viel scheint vorläufig festzustehen, daß man aus der Hand der Nationalversammlung allein, der die preussische Kreuzzeitung bei dieser Gelegenheit abermals ihre ganze Ungunst fühlen läßt, auf eine derartige Offerte schwerlich sofort eingehen kann. Schon der Antrag stellt Vieles wieder in Frage, was auf dem Wege war, geordnet zu werden. Auch gefallen uns begleitende preussische Stimmen gar nicht, die z. B. in der Kölnischen Zeitung dictiren: der engere Bundesstaat muß gegründet werden und sollte er auch anfangs auf wenige norddeutsche Staaten sich beschränken müssen. Preußens Vertreter müssen erklären, daß Preußen nöthigenfalls für das Gagern'sche Programm das Schwert ziehen wird, um das Recht und die Freiheit Derer, die den engern Bundesstaat bilden wollen, zu vertheidigen. So bestimmt und schroff hat bisher noch Niemand, die Republikaner ausgenommen, die Zukunft Deutschlands auf den Bürgerkrieg gestellt. Von der in der Oberpostamt-Zeitung gegebenen Nachricht, Hr. v. Schmerling habe seine Stelle als Bevollmächtigter bei der Centralgewalt niedergelegt, ist die Bestätigung zu erwarten. Nach den aus Baiern eingegangenen Berichten nahen die Aenderungen im Ministerium ihrer Feststellung. Aus Hannover traf die Meldung ein, daß das Ministerium Stübe bleibt, und daß die Grundrechte nicht publicirt werden. Die Vertagung des Landtags und die Auflösung der II. Kammer scheint darauf folgen zu müssen. Die constituirende Versammlung für Anhalt-Deßau und Köthen hat sich durch Beschluß aufgelöst. Die sächsischen Kammern waren gestern beide mit der Frage einer Amnestie für Jagdvergehen beschäftigt; ebenso gab in beiden eine dresdner Localadresse Anlaß zu Interpellationen. Die I. Kammer berieth außerdem Abänderungsanträge zur Gemeindeordnung, wobei der Minister des Innern und der Regierungskommissar sich in eine neutrale Position zurückzogen. Aus Lübeck werden Beweise für die dort praktisch gewordene endliche Emancipation der Juden mitgetheilt. Die in Schleswig-Holstein befindlichen Streitkräfte werden ohne Reichstruppen auf 21,000 M. an gegeben. Von Berlin schreibt man, daß nun doch 12,000 Preußen mit

dahin abgehen würden. Die I. preussische Kammer hat den auf den Belagerungszustand sich beziehenden Satz der Adresse wie im Entwurf (Nr. 67) angenommen und will den die deutsche Frage betreffenden in Erwartung der frankfurter Dinge einstweilen aussetzen. Nach einer Aeußerung des Ministers will die Regierung die Eisenbahnen alle übernehmen, d. h. nach französischem Beispiele centralisiren. Im Hinblick auf die angekündigte Feier des 18. März in Berlin hat General Wrangel an den Belagerungszustand erinnert. Aus Wien wird von eingetretenen Erleichterungen des Ausnahmezustandes berichtet. Die Ausarbeitung der Landesverfassungen ist bereits begonnen. Es hängt von ihrer Vollendung bekanntlich der Zusammentritt des ersten Reichstags nach der octroyirten Verfassung ab, gegen die bisher von keiner Seite Demonstrationen gemeldet werden. In Ungarn hat Fürst Windisch-Gräß den Verkehr mit den Insurgenten unter standrechtliche Verfolgung gestellt und nun auch die Annahme von 50—100.-Fl.-Kosuthnoten bei den öffentlichen Kassen verboten. Aus England und Frankreich ist heute keine Nachricht von Bedeutung eingetroffen.

## Deutschland.

Frankfurt a. M., 12. März. In der heutigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung verkündete der Abg. Mittermaier, daß der Entwurf für die zweite Lesung der Verfassung gedruckt sei und heute noch zur Vertheilung komme. Hierauf erstattete Abg. Degenkolb einen Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses, dahin gehend, daß mehre von Spinnern und Webern eingereichte Eingaben dem Reichsministerium zu geeigneter Berücksichtigung überwiesen worden seien. Abg. Schüler aus Jena interpellirte sodann den Reichsminister des Aeußern: „Es verbreite sich das Gerücht, daß die russische Regierung an das preussische Cabinet eine Note erlassen habe, worin sie gegen jeden die deutsche Bundesacte (von 1815) verletzenden Act protestire, so lange die Garantien der deutschen Bundesacte nicht ihre Einwilligung gegeben haben würden. Er stelle deshalb die Anfrage an das Reichsministerium: Ob es wahr sei, daß eine russische Note dieses oder ähnlichen Inhalts ergangen sei? An welche Regierung diese Note ergangen sei? Ob sie der Centralgewalt von Deutschland officiell mitgetheilt worden sei? Was die Centralgewalt von Deutschland gethan habe oder thun werde, um eine solche die Ehre und die Selbstständigkeit Deutschlands verletzende Einmischung zurückzuweisen?“ Dann richtete Abg. v. Raumer aus Dinkelsbühl folgende Anfrage an das Reichsministerium: In Betracht, daß 1) der verfassunggebende deutsche Reichstag unterm 13. Jan. dem Reichsministerium die Ermächtigung ertheilt hat, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der k. k. Regierung Oesterreichs Namens der provisorischen Centralgewalt für Deutschland über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in Verhandlung zu treten; daß 2) das Reichsministerium unterm 22. Jan. an den österreichischen Bevollmächtigten eine jener Ermächtigung entsprechende Note hat ergehen lassen; daß 3) seit dieser Zeit bereits 7 Wochen verfloßen sind, und daß endlich 4) am 6. März für den österreichischen Gesamtstaat mit Einschluß Ungarns und der Lombardei von der kaiserl. Regierung eine Verfassung octroyirt worden ist, welche thatsächlich eine Antwort an Deutschland enthält, so stelle ich an das Reichsministerium die Anfrage: ob von Seiten Oesterreichs auf vorerwähnte Reichsministerialnote vom 22. Jan. eine Antwort erfolgt ist und welche Antwort? und welches demnach der Stand der mit Oesterreich obschwebenden Verhandlung ist? Die Antwort darauf wird für den 15. März zugesagt, wo der Minister v. Gagern zugleich auch die Bärth'sche Anfrage in Bezug auf die gesammte auswärtige Politik (Nr. 67) zu beantworten verspricht.

Abg. Gevekoht interpellirte im Namen des Marineausschusses das Reichsministerium der Finanzen wegen der rückständigen Matricularbeiträge zur Herstellung der deutschen Flotte. Namentlich verlangt er zu wissen: welche Staaten haben ihren Beitrag und aus welchen Gründen auf die erste Umlage verweigert? welche Einzahlungen sind auf die zweite Umlage geschehen und wann wird die nachträgliche dritte Umlage erfolgen, sofern die eingegangene Summe nicht ausreicht? Der Schluß der Gevekoht'schen Anfragen bezieht sich auf Oesterreich, welches sich nicht für verbunden erachtet, zur deutschen Kriegsflotte Geldbeiträgen zu leisten, und welche Kunde das Reichsministerium darüber